

Stellenbosch Papers in Linguistics PLUS, Vol. 38, 2009, 26-41
doi: 10.5842/38-0-55

Sprachenpolitik in Europa – Tatsachen und Perspektiven

Konrad Ehlich

Freie Universität Berlin, Institut für Deutsche und Niederländische Philologie
Institut für Deutsch als Fremdsprache der Ludwig-Maximilians-Universität München
Postanschrift: Hellebergeplatz 2, D-14089 Berlin, Deutschland
E-mail: Konrad.Ehlich@ehlich-berlin.de

Abstract

This paper characterizes the linguistic situation in Europe in the context of the global language situation. It describes the significance of the "Project Nation" for the European national languages. European unification after World War II is examined in terms of its linguistic consequences in a number of linguistically sensitive areas such as the economy and science. The language-political activities of the European Council and the European Union are characterized. A distinct language concept is necessary for furthering the linguistic development of Europe – such a language concept should take into account the teleological, the gnoseological and the communitary dimension of language in equal measure. I argue against a pseudo-solution for the language question through the propagation of a "lingua franca" and instead plead for a complex linguistic education concept for Europe, in which multilingualism is regarded and language-politically stated as a cultural and intercultural challenge. Central to this concept is the development of a workable hermeneutics.

Keywords: Europe, "Project Nation", European unification, European Council, European Union, "lingua franca", multilingualism, interculturalism, hermeneutics, teleological, gnoseological, communicatory dimension of language

Schlüsselbegriffe: Europa, „Projekt Nation“, europäische Vereinigung, Europarat, Europäische Union, „lingua franca“, Mehrsprachigkeit, Interkulturalität, Hermeneutik, teleologische, gnoseologische, kommunäre Dimension von Sprache

1. Europa – ein vielsprachiger Kontinent

Im Vergleich zur Sprachensituation bei den indigenen Sprachen Nord- oder Südamerikas oder zur Sprachensituation in Afrika bietet der europäische Kontinent ein vergleichsweise noch überschaubares Bild (Haarmann 1993). Der – kleine – Kontinent Europa stellt sich als ein durchaus vielsprachiger dar, dessen Sprachigkeit aber sozusagen kalkulierbar bleibt. Diese doppelte Charakterisierung ist interessant, wenn wir sie auf die Weltsprachensituation beziehen. Von den ca. 6000 Sprachen (Haarmann 2001 zählt 6417) der Erde sind nach den Zählungen von Harmann nur 273, also 4 % Prozent, Millionen-Sprachen, d.h. Sprachen mit mehr als einer Million Sprechern. 4162 oder 65 % sind „kleinere Sprachen“, 1982 oder 31 % sogenannte „Zwergsprachen“, Sprachen mit nur noch einigen hundert oder weniger Sprechern. Normalerweise wird, wenn von den Sprachen der Welt die Rede ist, über die vier

Prozent gesprochen, über die Millionen-Sprachen. Die Zählungen sind hier wie auch im Folgenden immer und trotz der scheinbaren Präzision als mehr oder weniger ungefähr zu nehmen, weil sich sowohl hinsichtlich der Frage, was als eine Sprache zählt, wie hinsichtlich der Frage der Verlässlichkeit von Sprachenzählungen und demographischen Statistiken viele Unwägbarkeiten und Unsicherheiten fast mit Notwendigkeit ergeben. Doch innerhalb dieser Grenzen lassen sich doch allgemeine Angaben machen, die Tendenzen deutlich charakterisieren. So weist das Chinesische mit 1,2 Mrd. – oder inzwischen wahrscheinlich mehr – Sprechern mit Abstand die größten Sprecherzahlen auf. Es folgt weltweit das Englische mit nahezu 600 Mio. Sprechern, das Hindi mit ca. 400 Mio., das Spanische mit über 300 Mio., das Russische mit knapp über 200, das Arabische mit knapp unter 200 Mio. Bengalisch und Portugiesisch (letzteres wegen der Verwendung in Brasilien) liegen gleichfalls über 150 Mio., ebenso das Indonesische. Das Französische kommt auf etwas über 100 Mio. Sprecher, das Japanische und das Deutsche oszillieren gleichfalls um diese Marken. Dabei ergeben sich unterschiedliche Verteilungen hinsichtlich der Muttersprachlichkeit und der Zweitsprachigkeit – das Bengali oder das Japanische weisen kaum Zweitsprachsprecher auf, in den Zahlen für das Englische oder das Russische sind erhebliche Anteile an Zweitsprachsprechern enthalten.

Unter diesen Sprachen mit mehr als 100 Mio. Sprechern befinden sich mit dem Englischen, Spanischen, Portugiesischen, Russischen, Französischen und Deutschen sechs europäische Sprachen, also die Hälfte. Allein dieser Umstand zeigt schon, dass die europäische Mehrsprachigkeit, bezogen auf die Weltsprachensituation, einige charakteristische Besonderheiten aufweist. Diesen gilt es weiter nachzugehen.

2. Europa – ein oligoglotter Kontinent

Betrachten wir den Anteil der europäischen Sprachen an den Sprachen der Welt, so kommen wir hier – je nach der Anzahl der Sprachen, die wir für Europa ansetzen – auf einen Anteil von lediglich 2 Prozent (143) oder sogar nur einem Prozent (bei einem Anteil von 67 Sprachen). Dieses Schwanken zwischen 67 und 143 ergibt sich wiederum je nach der Frage, was als eigene Sprache in die Zählung eingeht, und vor allem nach der Frage, wie die Grenzen Europas im Osten und im Südosten genauer bestimmt werden: Welche Anteile Russlands und welche Anteile der früheren Sowjetunion im Kaukasus werden noch zum europäischen Sprachenbild gerechnet, welche nicht? Auch hier sind aber die Tendenzen unverkennbar: Der europäische Kontinent, einer der sechs (klassischen), hat an der Gesamtzahl der Sprachen der Welt einen lediglich marginalen Anteil.

Unter diesen Sprachen nun finden sich wiederum einige, die zahlenmäßig eindeutig dominant sind, allerdings in einer anderen Verteilung als hinsichtlich der Weltsprachensituation. Die in Europa mit Abstand am meisten gesprochene Sprache ist das Russische mit 119 Mio. Sprechern, dem dann das Deutsche mit 97 Mio. folgt. Danach ergibt sich eine hohe Stufe nach unten bis zu den drei nächsten Sprachen, dem Italienischen (61 Mio.), dem Französischen (60 Mio.) und dem Englischen (58 Mio.) – wohlgermerkt hinsichtlich der Sprecher in Europa. Eine weitere Stufe führt zu einer neuen Dreiergruppe, dem Spanischen (39 Mio.), dem Ukrainischen (37,4 Mio.) und dem Polnischen (37 Mio.). Es folgen das Niederländische mit nahezu 21 Mio. und das Rumänische mit 20,5 Mio. Danach schließt sich die Gruppe Ungarisch (13 Mio.), Serbisch (12 Mio.), Tschechisch (10 Mio.), Portugiesisch (10 Mio.) und Griechisch (nahezu 10 Mio.) an. Diesen 15 Sprachen folgen 24 mit Sprecherzahlen zwischen

8,5 Mio. (Türkisch) und 1 Mio. (Estnisch und Baschkirisch); darunter das Weißrussische, Bulgarische, Kroatische, Slowakische und das Makedonische; das Schwedische, Dänische, Norwegische; das Katalanische, das Galizische und das Sardische; das Finnische und Estnische; das Litauische und Lettische; das Albanische; das Irische; das Romani; das Georgische; das Tartarische und das Tschuwaschische. Die weiteren europäischen Sprachen weisen weniger als 1 Mio. Sprecher auf.

Auch wenn die 67 bzw. 143 Sprachen noch eine stattliche Anzahl sind, so macht ein weiterer Blick auf die sprachlichen Verhältnisse Europas deutlich, dass doch hier wiederum der weit überwiegende Anteil einer einzigen Sprachengruppe zugehört, der indoeuropäischen. Mit ihren drei großen Zweigen, dem slawischen, dem romanischen und dem germanischen, sowie den kleineren einzelnen Sprachen im westindoeuropäischen Bereich, dem Griechischen, dem Albanischen, dem Irischen und den baltischen Sprachen, sowie mit einer Sprache aus dem ostindoeuropäischen Bereich, dem Romani, machen sie ca 95 % der Sprachen Europas aus. Dem stehen lediglich 2,71 % uralische und 2,06 % altaische Sprachen gegenüber; weniger als 1 % macht in Europa das Semitische mit dem Maltesischen aus. Schließlich gehört zu den europäischen Sprachen das hinsichtlich seiner Familienzugehörigkeit völlig isolierte Baskische (Gippert 2003).

Bezogen auf die Weltsprachensituation ist Europa also ein wenigsprachiger Kontinent. Dies wird durch die engen sprachlichen Verwandtschaftsbeziehungen der meisten in Europa präsenten Sprachen nochmals verstärkt und unterstrichen. Der Kontinent weist also eine relativ große sprachliche Homogenität auf.

3. Das Projekt Nation und die Sprachen

Die europäische Sprachensituation hat im Lauf der vergangenen Jahrhunderte diese weitgehende Homogenisierung erfahren (Ehlich, Ossner und Stammerjohann 2001). Dafür sind Vereinheitlichungsprozesse verantwortlich, die die nachmittelalterliche Welt, die Neuzeit, in Europa charakterisieren. Zwei große Phasen sind dabei zu unterscheiden: Die erste führte in West- und Mitteleuropa zur Herstellung übergreifender Verkehrssprachen jenseits der vorherrschenden lateinischen Sprache. (Im Osten war die Rolle des Griechischen insgesamt weniger stark, und die Christianisierung hatte ohnehin mehr auf die Eigensprachlichkeit der missionierten Gebiete gesetzt.) Die Aufwertung einer Reihe von Volkssprachen und deren zunehmende Ausbreitung führte zur Nutzung dieser Sprachen in immer größeren Räumen. Dies gilt für Frankreich wie für Italien oder Deutschland – wobei wir uns vor Augen halten müssen, dass das Reden von diesen Einheiten immer ein Stück weit die heutigen Verhältnisse konsolidierter Flächenstaaten in frühere politische Strukturen zurücküberträgt.

Die Tendenzen, die in dieser ersten Phase der Ausbreitung einzelner europäischer Sprachen wirksam waren, erfuhren ab dem Ausgang des 18. Jahrhunderts eine massive Intensivierung und Beschleunigung durch das, was treffend das „Projekt Nation“ genannt wurde (Anderson 1988; Gardt 2000). Ausgehend von der Französischen Revolution, wurde in den folgenden Jahrzehnten bis ins beginnende 20. Jahrhundert hinein politisch die dynastisch-hierarchisch organisierte Struktur ersetzt durch unterschiedliche Formen von „Volksherrschaft“, von Demokratie. Für diese neue Organisationsform der politischen Gemeinwesen gewann das Konzept der Nation und im Zusammenhang damit das Konzept von Nationalsprachen eine

grundlegende Bedeutung. Die Sprache wurde zum herausragenden Identifikationsmittel, und sie wurde als dieses durchgesetzt. Die in der obigen Aufzählung beschriebenen Sprachen sind zu überwiegenden Teilen solche in das Projekt Nation eingebundene Sprachen – wobei, wie meist bei derartigen Projekten, die faktische politische und sprachliche Realität mit dem Programm keineswegs im Verhältnis 1:1 übereinstimmt. Doch die Wirksamkeit der grundlegenden programmatischen Tendenzen ist bis in die unmittelbare politische Gegenwart Europas greifbar, sowohl in den neuen Staatenbildungen Südosteuropas (im ehemaligen Jugoslawien) wie im Baltikum oder in anderen östlichen Teilen des Kontinents.

Dabei zeigten sich in den unterschiedlichen europäischen Entwicklungen zum Teil nicht unerhebliche Unterschiede. Während in *Frankreich* die Einbindung der Sprache in das Projekt Nation geradezu programmatisch und wie mit einem Fanfarenstoß erfolgte, stellte sich die Entwicklung in Deutschland, aber auch in Italien, sehr anders dar. In *Deutschland* war die Vereinheitlichung der Sprache ein Prozess, der jeder politischen Einigung weit vorauslief. Die konfessionelle Aufspaltung des Landes seit der Reformation 1517 mit den verheerenden Konsequenzen des 30jährigen Krieges sah das Land in der Mitte des 17. Jahrhunderts als weithin verwüstet und von einer politischen Einigung sehr entfernt. Im Gegenteil, die großen, mittleren, kleinen und sehr kleinen Territorien entfalteten ihr Eigenleben. Demgegenüber war es die Sprache, die sich mehr und mehr zu einem faktisch einigenden Band hin organisierte. Zwar blieb die Sprachengrenze zum Niederdeutschen für längere Zeit erhalten, doch auch über die konfessionellen Grenzen in Mittel- und Süddeutschland hinweg ergab sich allmählich ein einheitliches Bewusstsein, das sprachlich bestimmt war. In der Auseinandersetzung mit dem napoleonischen Frankreich konnte so auf eine sprachliche und kulturelle Einheitlichkeit zurückgegriffen werden. Deren hauptsächliche Repräsentanten, die Intellektuellen, Pastoren, Beamte, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts immer mehr aufblühende Literatur, bildeten die Vorhut für ein Nationenbewusstsein. Die späte Vereinigung in der „kleindeutschen Lösung“ der Beendigung der Zersplittertheit 1870/71 ließ zwar den österreichischen deutschsprachigen Bereich wie den ganzen habsburgischen Restteil außerhalb der entstehenden politischen Einigung. Dort entwickelte sich eine eigene, Mehrsprachigkeit stärker einbeziehende, gleichwohl deutsch bestimmte Sprachenpolitik. Doch für die weitere Entwicklung der deutschen Sprache führte diese Trennung zu keinen nachhaltigen negativen Folgen, genauso wenig wie die besondere Situation der deutschsprachigen Schweiz.

In *Italien* ging die sprachliche Entwicklung gleichfalls zumindest teilweise der politischen voraus, die mit der Dreiteilung in den Norden, den Kirchenstaat und den Süden eine noch schwierigere Voraussetzung zu verarbeiten hatte. Doch war auch für das Risorgimento Garibaldi und Cavour die das Toskanische weiterentwickelnde italienische Sprache ein wichtiger Motor.

Besonders deutlich ist der Zusammenhang von Nationwerdung und Sprache am *irischen* Beispiel zu verfolgen, wo das weithin durch die Kolonialsprache Englisch ersetzte Irisch wiederum als Fanal für die Gewinnung der dekolonisierenden Selbstständigkeit diente – übrigens ohne wirkliche dauerhafte Folgen bei den Sprechern.

Dies ist zugleich ein Aspekt der Sprachsituation des *Englischen*, das im Rahmen der Politik auf den britischen Inseln gegen die Selbstständigkeit aller dort vorhandenen keltischen Sprachen verallgemeinert und durchgesetzt wurde, also gegen das Gälische in Schottland, das

Walisische in Wales, gegen die im Süden Englands gesprochenen keltischen Sprachen wie etwa das Cornische und andere. Die Subsumption unter eine englisch bedingte Herrschaft geschah in den dynastischen Zeiten auf den üblichen Wegen, denen der Hochzeiten einerseits, der Kriege andererseits. Im Ergebnis entfaltete das Englische auch für die neu hinzugekommenen bzw. unterworfenen Gebiete zugleich eine erhebliche Attraktionskraft, in deren Ergebnis die britischen Inseln lange Zeit verschiedene Varietäten dieses Englisch gebrauchten und weithin noch heute gebrauchen.

Eine die sprachpolitischen Entwicklungen einbeziehende Geschichte des sprachlichen Europas hätte viele Kapitel, in denen die jeweiligen Spezifika und Ausprägungen der allgemeinen Tendenz zu verfolgen wären. Insgesamt ergibt sich mit der Durchsetzung des Projekts Nation und der damit verbundenen und dafür funktionalen Nationalisierung europäischer Sprachen jenes konsolidierte Bild, von dem oben gesprochen wurde. Dass daneben eine nicht unerhebliche Zahl von Sprachen ohne solche Konsolidierung blieb und bleibt, gerät darüber leicht in Vergessenheit.

Für die Nationalisierung der europäischen Sprachen entwickelten sich verschiedene sprachpolitische Institutionen, zum Teil aus dem Zusammenschluss der an Sprache interessierten Bürger wie etwa die *Accademia della Crusca* in Florenz oder die Sprachgesellschaften in Deutschland, teilweise durch explizit für die Sprachentwicklung, Sprachförderung und Sprachverbreitung eingesetzte staatliche Institutionen wie die *Académie française*. Im Ergebnis zeigt sich eine durchaus differenzierte Entwicklung, in der in nicht wenigen Fällen durch einen großen öffentlichen Diskurs – wie insbesondere in Deutschland – die Belange der Sprache so vorangetrieben wurden, dass die unmittelbare politische Macht dazu vergleichsweise distant blieb.

Das stellt sich anders dar mit Blick auf die sprachlichen Außenverhältnisse Europas. Der europäische Kontinent hat seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts (man denke an das Jahr 1492, den Beginn der Eroberung Amerikas durch Europäer) seine innere Politik zunehmend als eine Weltaußenpolitik betrieben. Die politische Herstellung unterschiedlicher Kolonialreiche, schließlich die Weltimperialismen einzelner europäischer Staaten, haben die europäische Sprachensituation weltweit exportiert. Dies macht sich auch nach dem Ende des Kolonialismus seit 1945 sprachlich in einer fast ungebrochenen Kontinuität bemerkbar. So sind die zwölf Sprachen, die eingangs als die Sprachen mit den größten Sprecherzahlen aufgeführt wurden, ziemlich direkt auf die Geschichte des europäischen Imperialismus abzubilden: Mit dem Spanischen und Portugiesischen finden wir die erste Phase dieser Expansion präsent, mit dem Englischen und Französischen die zweite, mit dem Russischen die dritte. Dem stehen Sprachen zentraler kolonisierter oder halbkolonisierter Gebiete gegenüber, das Hindi, das Bengali und das Chinesische. Das Arabische nimmt eine Zwischenstellung ein als Sprache von einerseits englisch, französisch und spanisch kolonisierten Gebieten, andererseits als Teilhaber an der kolonialen Expansion, besonders in Afrika und hier wieder im Sklavenhandel. Das Indonesische verdankt sich direkt dem anti-imperialistischen Kampf gegen die Niederländer und ihre batavische Großkolonie. Eine besondere Stellung nehmen schließlich das Japanische und das Deutsche ein, die Sprachen zweier Mächte, die an den imperialistischen Expansionen bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts kaum einen Anteil hatten, dann aber im 20. Jahrhundert mit verheerenden Folgen ihre Partizipation an diesem imperialistischen Geschäft versuchten nachträglich durchzusetzen.

In der Begegnung mit den indigenen Sprachen der von ihnen unterdrückten und kolonisierten Völker verfuhr die Kolonialmächte mit durchaus unterschiedlichen Strategien. Ihnen allen ist gemeinsam, dass gerade durch die praktizierte Sprachenpolitik eine Kanalisierung des Zugangs zur Bildung erfolgte, für den jeweils nur ein kleiner Anteil der indigenen Bevölkerungen vorgesehen war. Die französische Kolonialmacht verfolgte eine Politik, in der die nationale Sprache, das Französische des Staates bzw. der Republik, zum selbstverständlichen alleinigen imperialen Sprachkandidaten wurde. Die daraus resultierende weltumspannende Frankophonie besteht bis heute und wird von der französischen Regierung mit einem eigenen Ressort politisch präsent gehalten und verteidigt. Die englische Kolonialverwaltung entwickelte mehrere unterschiedliche Strategien; die deutsche in der kurzen Zeit ihrer kolonialen Betätigung förderte zum Teil sogar die Verbreitung und Nutzung einer arealen indigenen Verkehrssprache, des Kisuaheli.

Die koloniale Situation, die Ausdruck und Ergebnis der – eigentlich absurden – Aufteilung der Welt unter europäische Herrschaft und in europäische Interessenzonen war, hat sprachlich bleibendere Spuren hinterlassen als die unmittelbare koloniale Unterdrückung. Während diese, wiederum in einem ganzen Spektrum von Auseinandersetzungsformen, nach 1945 mehr und mehr zu Ende ging und neue Kolonisierungsversuche, insbesondere die der USA (Persien, Vietnam), nicht zuließ, während also eine politische Transformation großer Teile der Welt hin zur Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit der ehemaligen Kolonien erfolgte, setzte sich die sprachliche Hegemonie der Kolonialmächte meist ungebrochen oder doch kaum berührt fort. Im Prozess der Dekolonisierung und der Loslösung der in Nordamerika niedergelassenen britischen Siedler aus der Hand der britischen Krone (1776), eine Loslösung, die ihre grundlegenden Texte auf Englisch verfasste, über die entsprechenden Loslösungsprozesse in Mittel- und Südamerika von der spanischen und portugiesischen Herrschaft bis hin zum Großteil der afrikanischen und asiatischen Befreiungen von der Kolonialmacht blieb deren Sprache als dauerhaftes Merkmal der früheren Kolonialzeit präsent. Auch die meisten Konzepte von „négritude“ oder von postkolonialem Schreiben verbleiben im Kontext der jeweiligen kolonisatorischen Mächte. Die bleibende sprachliche Dependenz bedeutet weiterhin Mitgliedschaftszuweisungen in den dekolonisierten Staaten zu den höheren und lukrativeren beruflichen Chancen im Land. Sie bedeutet eine Kontinuität der Anbindung an das kulturelle Leben der früheren Kolonialmächte, die zugleich den entscheidenden Markt etwa für literarische Produktionen weiterhin abgeben.

4. Die Vereinigung Europas

Die Ausweitung der europäischen Imperialismen und deren Zusammenbruch im Ersten und vor allem dann im Zweiten Weltkrieg gestaltete die politischen Strukturen des Kontinents zu vielfältigen Zerklüftungen und Verwerfungen, die nicht nur in den wechselnden Feindschaften und Koalitionen in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihren Ausdruck fanden, sondern in eben diesen Kriegen selbst. Derart zerklüftet, zerrissen und zu Versöhnungen kaum fähig, blieb dieses Europa 1945 zurück. Es gehört zu den erstaunlichen Tatsachen der Weltgeschichte, dass aus dieser Situation etwas anderes erfolgte als die bloße Fortsetzung der politischen Strukturen von zuvor. Der Kontinent Europa, der über Jahrhunderte durch permanente diplomatische und, vor allem, kriegerische Auseinandersetzungen bestimmt war, erkannte, dass eine Fortsetzung dieser Art von Politik weder sinnvoll noch statthaft noch auch nur leistbar war. Vielleicht folgten die Katastrophen

von 1918 und 1945 zu schnell aufeinander, um den üblichen Parolen und Ressentiments hinreichend Vorschub zu leisten. So blieben die Revancherufe ebenso politisch verhältnismäßig folgenlos wie die Aufforderungen zur völligen politischen Vernichtung der Unterlegenen, wie sie etwa der Morgenthauplan vorsah. Anstelle aller Versuche der Fortsetzung einer Politik, die ihrerseits im Krieg ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln sah, geriet nach 1945 zunächst in den westlichen und mittleren Teilen Europas ein anderes Programm auf die Tagesordnung, nämlich das der Vereinigung Europas. Dieses Projekt darf als eine nicht unerhebliche Friedensleistung eingeschätzt werden. Es umzusetzen war alles andere als einfach. Grundvoraussetzung für seinen Erfolg war eine Neubestimmung des Verhältnisses der beiden zentralen kontinentalen Mächte in diesem Westen und der Mitte Europas, von Frankreich und Deutschland. Bis heute freilich sind die positiven politischen Ergebnisse dieses neuen und neuartigen Projektes noch keineswegs bei allen Mitgliedern der verschiedenen Bevölkerungen Europas durch eine Umorientierung und eine Neuorganisation der Bilder vom jeweils Anderen auch tatsächlich gedeckt. Nach wie vor gibt es massive Spannungen, die nur mühsam pazifiziert sind und die permanente Gefahr rezidiver Entwicklungen in sich enthalten.

5. Institutionen der Vereinigung und ihr Verhältnis zur Sprachenfrage

Die Institutionen der Vereinigung, besonders der Europarat und die Europäische Union, und ihr Verhältnis zur Sprachenfrage für dieses neue Europa sind ausgesprochen komplex. In Bezug auf die europäische Vereinigung, zunächst die westeuropäische bis 1989 und dann die gesamteuropäische seit 1989, gilt es, diese zwei Institutionen sorgfältig auseinanderzuhalten. Der Europarat umfasst mehr als 40 Länder Europas – und zwar Europas im weiten Sinn seiner Grenzen nach Osten und Süden. Die Europäische Union ist aus sechs Nationen im Zentrum Europas hervorgegangen, Frankreich und Deutschland, Italien und den drei sogenannten Benelux-Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg. Mittlerweile bewegt sich diese Union auf die 30 Staaten zu. Sie umfasst aber immer noch deutlich weniger Staaten als der Europarat.

Der Europarat nun ist eine große Institution, die freilich erstens machtlos und zweitens geldlos ist. Eine zur Handlungsfähigkeit qualifizierende finanzielle Grundlage fehlt ihr. Ausgerechnet diese Institution ist es aber, die sich verstärkt um die Sprachlichkeit Europas bemüht, sich intensiv sprachpolitisch betätigt. Die Europäische Union hat demgegenüber eine sehr andere sprachpolitische Struktur. Als sie bzw. ihre Vorgängerinstitutionen gegründet wurden, war das Französische zunächst die selbstverständliche, durch ihren diplomatischen Gebrauch legitimierte Sprache der neuen administrativen Struktur. Die Repräsentanten Deutschlands hielten sich nach den Exzessen deutscher Großmachtpolitik und Kulturpolitik tunlichst zurück, auch sprachlich. Im Rahmen der Erweiterung trat zum Französischen mehr und mehr das Englische hinzu, obwohl das Vereinigte Königreich erst verhältnismäßig spät der Union beitrat und insgesamt eine eher zögerliche Haltung zum Einigungsprozess als ganzem einnahm und einnimmt. Mittlerweile hat das Englische das Französische in den Institutionen der Europäischen Union faktisch weitgehend übertönt. Damit sind die sprachlichen Probleme aber nicht wirklich gelöst. Die Zahlenverhältnisse, wie sie oben kurz dargestellt wurden, zeigen insbesondere eine deutlich schwierige Situation für die Sprecher der Sprache, der auch in der Europäischen Union die mit Abstand größte Sprechergruppe zugehört, also für die Sprecher des Deutschen. Offiziell sind alle Staatssprachen der Mitgliedsländer Amtssprachen der Europäischen Union; alle wichtigen

Dokumente werden in alle diese Sprachen übersetzt. Insofern sind sie alle auch Arbeitssprachen. Die beiden Sprachen Französisch und Englisch sind für den administrativen Alltagsgebrauch demgegenüber die dominanten Sprachen in Straßburg (Parlament) und Brüssel (Sitz der eigentlichen europäischen Administration). Die Stellung des Deutschen ist in diesen Zusammenhängen in besonderer Weise prekär.

Insgesamt ist es für die Europäische Union angebracht, deutlich zu unterscheiden zwischen dem, was die – zunehmenden Widerspruch in verschiedenen Mitgliedsländern hervorrufende – Administration, was „Brüssel“ macht, und dem, was die offiziellen Dokumente der Union in Bezug auf die Sprachenfrage verlautbaren. Letztere deklarieren, dass die Europäische Union mehrsprachig ist, und sie verlangen von den Bürgern sogar, dass jeder/jede neben der Muttersprache mindestens zwei europäische Fremdsprachen beherrschen soll. Mehrsprachigkeit wird als Reichtum bezeichnet, als Ausdruck kultureller Vielfalt, der als ausgesprochen förderungswürdig ausgegeben wird. Nur sehr langsam, wenn überhaupt, werden diese Deklarationen aber in konkrete Politik umgesetzt. Die Erklärungen der Verträge von Maastricht und Amsterdam führen nach wie vor vor allem ein Dasein auf dem Papier, nicht aber in der europäischen Wirklichkeit. Von diesen zaghaften Versuchen etwa zur Förderung von Nachbarschaftssprachen ist deutlich das, was in „Brüssel“ geschieht, zu unterscheiden. Dort wird, wenn ich es recht sehe, unterschwellig das, was die offiziellen Dokumente deklarieren, unterlaufen, indem die Entwicklung sehr stark in Richtung auf eine faktische administrative Einsprachigkeit (oder günstigstenfalls Zweisprachigkeit unter Einschluss noch des Französischen) hinausläuft.

6. Deutschlands Sprache und ihre politischen Rahmenbedingungen

Deutschland hat in dieser Situation lange versäumt, sprachenpolitisch die Relevanz dieser Sprachengruppe angemessen in die europäische Praxis einzubringen. Hier bietet sich ein großes Problemfeld, das durch die sehr spezifische Situation Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmt ist (Gardt und Hüppauf 2004; Coulmas 2007). Die Sprache hat in Deutschland seit der Reformationszeit, wie oben beschrieben, lange eine herausgehobene Stellung gegenüber den tatsächlichen politischen Prozessen gehabt. Die Herstellung einer einheitlichen deutschen Sprache lief den Einigungsbemühungen weit voraus. Als die politische Vereinigung Deutschlands 1870/71 zustande kam, unter, wie sich zeigen sollte, sehr ungünstigen Auspizien, für die der Name Versailles steht, war die sprachliche Vereinigung in mehreren Phasen und Etappen bereits erfolgt. Sie war ein gleichsam selbstverständliches Fundament, über dessen Vorhandensein oder gar dessen Gefährdungen man nicht weiter nachzudenken brauchte. Entsprechend fehlt im Grundgesetz der Bundesrepublik, das 1949 verfasst wurde, jeder Hinweis auf die deutsche Sprache. Erst in jüngster Vergangenheit zeigen sich einige Initiativen, die zum Ziel haben, das, was als scheinbar selbstverständlich sich darstellt, auch explizit zu formulieren.

Ein zweiter Aspekt ist für die Behandlung der deutschen Sprache innerhalb der europäischen Situation nach 1949 wichtig – und zugleich wenig bekannt. Das Grundgesetz nimmt den Gedanken einer „Bundesrepublik“ sehr ernst. Es sieht dieses Deutschland, dessen Grundlage das Grundgesetz ist, als eine Föderation. Das föderative Prinzip wird freilich für fast alle Politikbereiche stark eingeschränkt. Nur an wenigen Stellen setzt es sich als ultima ratio der Staatlichkeit tatsächlich durch. Einer dieser Bereiche – und wohl sein wichtigster – ist alles, was mit Kultur zu tun hat. Unter Verwendung eines Ausdrucks, der im Grundgesetz selbst

nicht steht, der bei seiner praktischen politischen Umsetzung aber eine zentrale Rolle spielt, ist dies die „Kulturhoheit der Länder“. Neben dem kulturellen Bereich ist das föderative Prinzip im Polizeiwesen realisiert. Nur hier haben die politischen Glieder des Bundes, haben die Länder tatsächlich das, was Staatlichkeit im Kern ausmacht, nämlich Souveränität. Von daher verstehen sich die immer neuen Debatten über die Unabdingbarkeit der Länderunabhängigkeit für die Fragen der Kultur. Diese Situation bedeutet, dass wir es für alle die Kultur betreffenden Fragen nicht wirklich mit einem Staat „Bundesrepublik Deutschland“ zu tun haben, sondern mit 16 souveränen Staaten – Staaten freilich, die sich der Konsequenzen und Weiterungen dieser ihrer Souveränität nicht wirklich bewusst sind. Alle Fragen der Kultur, der Bildung und ebenso insbesondere der Sprache fallen somit in 16 selbständige Regierungsverantwortungen. Für die Kultur und die Bildung wird dies immer auch wieder einmal politisch wirksam, für die Sprache hingegen erweist sich die föderative Struktur als eine Struktur prinzipieller Unzuständigkeit. Die Souveränität dieser Staaten hätte es erforderlich gemacht, bei allen die Kultur betreffenden Fragen und so auch bei allen Fragen der Sprachlichkeit der Europäischen Union Vertreter all dieser 16 Staaten neben den Vertretern der anderen EU-Mitglieder und gleichberechtigt mit ihnen an den Verhandlungstischen präsent zu haben. Nichts davon ist der Fall. Diese Staaten entsprechen hinsichtlich ihrer Populationen einem EU-Mitglied wie den Niederlanden (Nordrhein-Westfalen), Staaten wie Dänemark, Schweden oder Finnland (Bayern, Hessen, Sachsen), bis hin zu dem kleinsten EU-Mitglied Luxemburg (Saarland, Freie und Hansestadt Bremen). Tatsächlich werden diese 16 Staaten aber lediglich durch *einen* je neu per Rotation bestimmten Regierungsvertreter aus einer der 16 Regierungen repräsentiert. Auf der Arbeitsebene ist es eine der wackeligsten Konstruktionen des deutschen Verfassungsrechts, die „Kultusministerkonferenz der Länder (KMK)“, der die Aufgaben zufallen, die sonst bei einem Ministerium – oder im Falle Frankreichs sogar bei mehreren – lokalisiert sind. So ist die größte Sprechergruppe in der Realität der Europäischen Union ausgesprochen schwach, wenn überhaupt repräsentiert, und dies bestimmt die sprachliche Wirklichkeit dieser Union in nicht unwesentlichen Teilen, verbunden mit der Kontinuität einer gerade in der Sprachenfrage umgesetzten Form der Auseinandersetzung mit jener Vergangenheit, für die doch kaum die Sprache die Verantwortung trägt, sondern seinerzeitige Mehrheitsteile der sie sprechenden Bevölkerung.

7. Bauernopfer Sprache

Seit nicht allzu langer Zeit verfügt die EU über ein eigenes Kommissariat für Sprachenfragen, das Kommissariat für die Mehrsprachigkeit. Es wurde nicht aus zwingenden inhaltlichen Gründen eingerichtet, sondern wohl im Wesentlichen, damit für ein weiteres Beitrittsmitglied (Rumänien) gleichfalls ein Kommissariatsposten geschaffen werden konnte; und es war dann zugleich auch wieder der erste Kandidat für Einsparungen, wenn immer von einer Verschlinkung der Brüsseler Bürokratie die Rede ist. So demonstriert nicht zuletzt und gerade diese Einrichtung die Marginalität, die der Sprachenfrage innerhalb der Europäischen Union zukommt. Diese Marginalität wird auch deutlich an der finanziellen Ausstattung der Sprachenarbeit, und zwar derjenigen, die es mit der Propagierung der Mehrsprachigkeit zu tun hat. (Es ist also nicht die Rede von den für die verschiedenen Übersetzungsdienste erforderlichen Kosten. Diese werden von der EU – bei gelegentlichem Grummeln im europäischen Untergrund und der wohlfeilen Forderung, doch auch diese Kosten zu sparen – getragen, und die entsprechenden Dienste vollziehen ihre Arbeit still und stetig.) Es geht vielmehr um den Umfang des Haushaltes für Belange der Mehrsprachigkeit. Im Jahr 2004

etwa betrug er nach Auskunft einer EU-Repräsentantin bei der Internationalen Deutschlehrertagung in Graz ca. 30 Millionen Euro. Bezogen auf den Gesamthaushalt der EU entspricht dies ca. einem Drittel Promille. Vergleicht man dazu die Ausgaben allein nur für die Vernichtung von überschüssigen subventionierten Lebensmitteln in der EU, so wird das Missverhältnis und damit die Stellenwertbestimmung dieses Politikbereichs überdeutlich.

Demgegenüber hat der Europarat eine Reihe von Initiativen entwickelt. Er unterhält in Graz ein eigenes Forschungsinstitut, das „European Centre for Modern Languages / Centre Européen pour les Langues Vivantes (ECML / CELV)“. Zu den Initiativen zählte das Europäische Jahr der Sprachen (2001); schließlich erweist sich der vom Europarat in Auftrag gegebene und von ihm verantwortete „Gemeinsame europäische Referenzrahmen“ geradezu als ein Hit weit über den Bereich dessen hinaus, wofür er entwickelt worden ist.

Die Arbeit dieser europäischen Institution ist ihrerseits freilich von den Gründungsakten her strikt zweisprachig, Englisch und Französisch, und schließt explizit das Deutsche aus. Dies versteht sich aus seinen Zielsetzungen aus der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dass sich nach 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland, also nach 1989, hier möglicherweise die Gewichte zu verschieben hätten, hat für die Grundpolitik des Europarates noch immer keinen wirklichen Einfluss gefunden. Dies wurde besonders in der Situation nach dem Ende der Sowjetunion und den traditionell stärker auf das Deutsche ausgerichteten Fremdspracheninteressen der an neuen Handlungsmöglichkeiten im Europarat interessierten östlichen Länder Europas deutlich. So besteht auch hier ein nicht zu übersehender Widerspruch zwischen den Zielen, der Förderung von Mehrsprachigkeit, und der tatsächlichen Praxis innerhalb der Institution selbst.

Es ist also, zusammenfassend, zu sehen, dass die Sprachen innerhalb der europäischen Einigungsprozesse offensichtlich die Rolle eines Bauernopfers haben – und zwar eben jene Sprachen, die im Rahmen des Projekts Nation zu dem Ausbau und zu der Konsolidierung sich entwickelten, die für moderne Kommunikationsprozesse erforderlich und unabdingbar sind. Gegenüber den primären Vereinigungszielen, den wirtschaftlichen, und den sekundären, den darauf bezogenen bürokratisch-administrativen, verliert sich die Sprachenfrage bis hin zur Belanglosigkeit. Davon profitieren im Übrigen jene europäischen Sprachen, die durch das Projekt Nation in den Hintergrund getreten waren, die sogenannten Minderheitensprachen, die als einzige eine Verbesserung und Konsolidierung ihrer rechtlichen Stellung in der Minderheitensprachen-Charta erfahren haben (Bundesgesetzblatt 1998).

Erst in allerjüngster Zeit beginnt langsam eine Entwicklung in Gang zu kommen, die sich an einer tatsächlichen europäischen Mehrsprachigkeit orientiert (Abel, Stuflesser und Putz 2006; Coulmas 1991, 2007; Ehlich 2007c).

8. Dimensionen der Sprachlichkeit

Bisher wurde von Sprache in einem eher allgemeinen Sinn gesprochen. Es ist aber erforderlich und sinnvoll, verschiedene Dimensionen der Sprachlichkeit zu unterscheiden (s. Ehlich 2007b). In der Diskussion über die Zukunft der Sprachen in Europa (vgl. Kelz 2002; Ehlich und Schubert 2002) wird meist nur auf der Grundlage einer sehr eingeschränkten Wahrnehmung dieser verschiedenen Dimensionen von Sprache argumentiert. Drei Dimensionen sind grundlegend zu unterscheiden.

Die erste ist die *teleologische* Dimension, die Dimension der Zwecke des sprachlichen Handelns (der griechische Ausdruck *telos* bedeutet ‚Zweck‘). Gerade durch die Pragmatische Wende der Sprachwissenschaft seit den siebziger Jahren ist diese Dimension verstärkt in den Blick getreten. In dieser Dimension verständigen wir uns mit Sprache zum Erreichen spezifischer Handlungszwecke, z.B. um einen Vertrag abzuschließen oder um einen Bildungsprozess in Gang zu bringen oder um Verständigung miteinander zu erreichen, vielleicht auch miteinander zu streiten. Es ist die ganze Fülle dessen, was die Linguisten die Illokution der Sprache nennen, mit der wir es in der teleologischen Dimension zu tun haben.

Die zweite Dimension ist die *gnoseologische*. Der griechische Ausdruck *gnosis* bedeutet Erkenntnis; es geht hier also um das Verhältnis von Sprache und Wissen. Die gnoseologische Dimension von Sprache hat es damit zu tun, dass wir nahezu unser ganzes gesellschaftliches Wissen nur in Sprache und durch Sprache haben. Linguistisch-traditionell gesprochen, ist es der Bereich des Lexikons, von dem hier die Rede ist. Doch die gnoseologische Dimension beschränkt sich nicht darauf, umfasst vielmehr auch den ganzen Bereich dessen, was an Erkenntnismöglichkeit von Welt mithilfe einer je einzelnen Sprache gegeben ist. Es ist die Sprache als eine spezifische „Weltansicht“ (von Humboldt), die die Spezifik der gnoseologischen Dimension von Sprache ausmacht. Dieses gesellschaftliche Wissen existiert also nicht einfach in „der Sprache“, sondern es besteht in je einzelnen Sprachen. Deren Verhältnis zueinander ist alles andere als klar, und es ist jedenfalls differenzierter, als uns eine Auffassung nahelegt, die von sprachlich unbeeinflussten Wissensbeständen ausgeht und die sprachlichen Differenzen lediglich als die Differenzen unterschiedlicher Etiketten konzeptualisiert. Die jeweiligen Sprachstrukturen strukturieren zugleich unser Wissen. Ihr Einfluss auf die Gedankenbildung ist subtil und schwer zu rekonstruieren – insbesondere aufgrund des Umstandes, dass sich ja keinem die Möglichkeit bietet, aus dieser vorgängigen Sprachlichkeit herauszuspringen. Der Übergang gnoseologischer Bestände und Verfahren von einer Sprache in eine andere ist ein komplexer Prozess, für den unterschiedliche Beispiele herangezogen werden können, so etwa das Beispiel der arabischen Wissenschaften der Jahre 700 bis 1200 n.Chr., also der ersten 500 Jahre arabischer Zeitrechnung. Der Übergang des griechischen Wissens über die – unserer Kenntnis weithin entzogenen – verschütteten Wege des Aramäischen hin zum Arabischen und die Entfaltung von dessen Wissenssystemen auf dieser Grundlage, dies alles sind diffizile Entwicklungen, deren Strukturen weitgehend noch einer differenzierten Rekonstruktion bedürfen. Ein anderes bedeutendes Beispiel ist die Herausbildung der neuzeitlichen Wissenschaft aus den lateinischen Zusammenhängen, das zum Teil geradezu filigrane Ineinander sprachlicher Strukturen aus unterschiedlichen sprachlichen Zusammenhängen, die gnoseologische Überformung der sich zum Teil stürmisch entwickelnden Volkssprachen und die hybriden Gesamtstrukturen, die für die heutigen entfalteteten Sprachen charakteristisch sind.

Die dritte Dimension von Sprache ist die *kommunitäre* Dimension, Sprache als Ort und Verfahrensweise für die Herstellung von Identität – von gesellschaftlicher Identität wie von individueller Identität. Die komunitäre Dimension hat im Rahmen des Projekts Nation und seiner Folgen eine zentrale Bedeutung gewonnen. Über Sprache wird Identität hergestellt, unterhalten, fortgesetzt, in Opposition zueinander gebracht. Die Weltpolitik der Gegenwart zeigt zahlreiche Beispiele dafür. Wir befinden uns nachgerade in einem linguistischen Laboratorium, wenn wir nur die faktischen identitären Funktionen und Funktionalisierungen von Sprache zur Kenntnis nehmen. Geschieht dies, so lässt sich beobachten, in welcher Weise

diese sprachliche Identitätsbildung verläuft, mit welchen Konsequenzen sie sich herausbildet und sich entwickelt. Hinsichtlich der identitären Dimension setzt sich das Projekt Nation weiter fort – und provoziert in seiner deutlicher werdenden Ungleichzeitigkeit die Frage danach, wie in der kommunitären Dimension von Sprache eine postnationale Identitätsbildung erfolgen kann. Neue Modelle für die kommunitäre Dimension von Sprache sind erforderlich, Modelle, die zukunftsweisend sind.

9. Sensible Bereiche

Diese drei Dimensionen der Sprachlichkeit werden nun in unterschiedlichen, besonders sensiblen Bereichen der Kommunikation in besonderer Weise relevant. Ohne Zweifel sind die Wirtschaft, die Religion, die Wissenschaft und die Öffentlichkeit solche besonders sensiblen Bereiche. Hinsichtlich der *Wirtschaft* sehen wir den europäischen Kontinent – wie auch die anderen Kontinente – eingebunden in den Prozess einer zum Teil geradezu sprunghaften Entwicklung. Er wird von interessierter Seite recht harmlos und ein wenig euphemistisch als „Globalisierung“ benannt und charakterisiert. In diesem Prozess erfolgen unter diesem Stichwort „Globalisierung“ vor allem hegemoniale Expansionen der derzeitigen Vormacht der Welt, der USA, sowie einiger anderer hegemonialer bzw. subhegemonialer Mächte. Diese Prozesse in der teleologischen Dimension bedienen sich der Verallgemeinerung der nationalen Sprache dieser Hegemonialmacht, des Englischen oder genauer eben des US-Amerikanischen. Die sogenannten multinationalen „players“, die in dieser Sprache zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke „spielen“, bedienen sich dieser einen Sprache selbstredend und um den Preis des Unterganges aller derer, die in ihr bei den Wirtschaftsverhandlungen die erforderliche sprachliche Qualifizierung vermissen lassen. Dass die Metapher des Spiels hier in einer unerwartet direkten Weise über den metaphorischen Status hinausdrängt, dass das Spiel sozusagen als Metonymie großer Teile des tatsächlichen sprachlich-kommunikativen Wirtschaftsgeschehens gesehen werden muss, haben die Hasardeure in Nadelstreifen bei ihrem Versuch deutlich gemacht, die ganze Welt auf das telos eines Casinos zurückzuführen. Der Drang, ja Zwang zum Gebrauch des Englischen findet seine Propagandisten und seine Agenturen in allen Bereichen der sich entwickelnden Weltwirtschaft. In den großen Weltwirtschaftsabkommen der vergangenen Jahre, GATT und GATS, wurden die Rahmen für die weltweite Vermarktung dieser einen Sprache geschaffen – bei einem nur marginalen Widerstand anderer Sprachgruppen, der im Wesentlichen von den Franzosen vorgetragen und organisiert wurde. Besonders das Abkommen GATS, das „General Agreement on Trades and Services“, hat Kommunikation, hat Sprache selbst als Wirtschaftsgut zum Gegenstand und trägt so dafür Sorge, dass auch hier, für die Belange von Bildung und damit für die Belange eines entscheidenden „Rohstoffes“ der näheren Zukunft, die Weichen für eine optimale Vermarktung englischsprachiger Produkte gestellt werden. Dies ist Ausdruck des Interesses einer allgemeinen Durchlässigkeit auf dem Markt, auf dem Bildung gehandelt wird. Noch ist es aufgrund des französischen Widerstandes gelungen, einige Hindernisse dem glatten Durchmarsch der neoliberalen Projekte entgegenzustellen. Doch es ist durchaus offen, wie robust die so gewonnenen Positionen sein werden. Die „Hollywoodisierung“ von TV und Film nimmt die Vorreiterrolle ein; die tatsächlichen Bildungssektoren sollen folgen. In Großbritannien ist die Bildungsindustrie ein Wirtschaftszweig, der allein über die Auslandsstudenten und ihre Gebühren einen jährlichen Einnahmefaktor von 2,1 Milliarden Pfund ausmacht. Die Bildungsexporte des Vereinigten Königreichs insgesamt belaufen sich nach einer Zusammenstellung des British Council auf 28

Milliarden Pfund im Jahr und damit auf mehr, als die ganze britische Autoindustrie durch ihren Export zustande bringt (Tagesspiegel 18.8.2009, Nr. 20354, S. 17).

Zur *Religion* kann hier nur andeutungsweise etwas gesagt werden. Die Religionen, mit denen wir es in großen Teilen der Welt zu tun haben, sind sprachbasiert und entwickeln eine je spezifische Sprachlichkeit. Dies ist gegenwärtig besonders in den Entwicklungen der islamischen Welt zu beobachten. Entsprechende Entwicklungen etwa im 15. bis zum 17. Jahrhundert in Europa weisen frappante Parallelen auf. Besonders die drei großen Religionen, die vom vorderorientalisch-europäischen Raum (VER) aus sich über die Welt verbreitet haben, die jüdische, die christliche und die islamische, sind unmittelbar sprachlich organisiert und sprachlich fundiert. Hier gehen kommunitäre, gnoseologische und teleologische Aspekte eine je spezifische Kombinatorik ein, in deren Mittelpunkt ein heiliger Text steht.

In der *Wissenschaft* macht sich die kommunikativ-sprachliche Sensibilität derzeit besonders in der Frage bemerkbar, ob eine Mehrsprachigkeit zukunftsfähig ist, wie sie als wesentliches Ergebnis der Modernisierungsprozesse von Wissenschaft seit dem 15. Jahrhundert zu beobachten ist, eine Mehrsprachigkeit, die im Zentrum dieser Entwicklung steht. Wissenschaft in unterschiedlichen Sprachen mit den Ressourcen, die diese Sprachen bieten, und ein Austausch zwischen diesen Wissenschaftssprachen hinsichtlich der in ihnen gewonnenen und niedergelegten Erkenntnisse, wie er in den Übersetzungsaustauschprozessen der vergangenen 400 Jahre zu beobachten ist, stellt der Weltwissensentwicklung Ressourcen zur Verfügung, die über die Leistungsfähigkeit einer einzelnen solchen Sprache hinausgehen.

In Bezug auf die *Öffentlichkeit* stellt sich die kommunitäre Frage, wie die komplexen Gesellschaften, mit denen man es heute zu tun hat, so organisiert werden können, dass die Öffentlichkeit im Sinn eines demokratischen Teilhabeprozesses strukturiert werden kann. Dieser ist notwendig auf Sprache angewiesen. Die Frage stellt sich z.B. für die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Einigungsprozessen – im Konkreten; sie stellt sich aber auch für die immer größer werdende Gruppe der MigrantInnen in ihrem Zusammenleben mit der jeweils einheimischen Bevölkerung und in der Frage nach Partizipationsmodellen, die weder in der einen noch in der anderen Richtung einfach Beängstigungen auslösen – mit den entsprechenden Konsequenzen, wie sie sich in der Gegenwart in verschiedenen europäischen Ländern und Regionen – von den aufgelassenen Montanregionen Englands über die Situation in den Niederlanden zu den xenophoben Ausbrüchen in Ostdeutschland, um nur einige Beispiele zu nennen – Ausdruck verschaffen.

10. „Lingua franca“ – ein sprachpolitisches Allheilmittel?

Angesichts der sprachlichen Situation Europas wird immer wieder ein Allheilmittel ins Gespräch gebracht: eine einzige „lingua franca“ für die verschiedenen kommunikativen Bedürfnisse (vgl. Knapp und Meierkord 2002; Motz 2005; Phillipson 2003). Sie wird als ökonomisch und einfach propagiert, als *das* Verständigungsmittel, das am simpelsten funktioniert.

Diese Argumentation verkennt zentral, was eine „lingua franca“ ist. Mit einer „lingua franca“ wird lediglich ein Teil – und nicht einmal ein allzugroßer Teil – der teleologischen Dimension der Sprachlichkeit bedacht. Der gnoseologische Aspekt fällt ebenso weg wie der

kommunitäre. Eine „lingua franca“ ist eben nicht ein allseitiges Verständigungsmittel, sondern sie ist ein Verständigungsmittel im Wesentlichen für bestimmte elementare ökonomische Zwecke, insbesondere im Handel und Warenaustausch, sowie für einige ebenso elementare administrative Zwecke. Das partielle Verständigungsmittel wird in einer solchen Argumentation mit Sprache in eins gesetzt – auf Kosten sowohl der differenzierteren teleologischen Funktionen wie insbesondere der gnoseologischen Dimension von Sprache. Kommunitär lässt die „lingua franca“ die SprecherInnen sozusagen in einem Niemandsland zurück – mit dem wahrscheinlichen Ergebnis, dass die kommunitären Zwecke nativistisch regressiv bearbeitet werden.

11. Verstehen und Verständigung

Sowohl in der kommunitären Dimension wie in der gnoseologischen Dimension von Sprache liegt eine entscheidende Aufgabe der näheren Zukunft also darin, nicht die Unterschiede in einer simplifizierten „lingua franca“ zum Verschwinden zu bringen, sondern gerade darin, den Reichtum an Erkenntnis, den Reichtum an Identitätsbildung (vgl. Redder 2006) in Formen zu überführen, die eine wechselseitige Verständigung gerade der unterschiedlichen Gruppen von Interaktanten ermöglichen (De Cillia, Krumm und Wodak 2003). Es wird darum gehen, dass von diesem Reichtum die Welt insgesamt profitiert – und nicht die Profiteure. Eine solche Verständigung erfordert, dass die Befähigungen zum wechselseitigen Verstehen systematisch gefördert und entwickelt werden (vgl. Ehlich 2007a). In der Wissenschaft gibt es für die Zwecke des Verstehens eine eigene Disziplin, die Hermeneutik, eine „Verstehenslehre“. Diese Verstehenslehre gewinnt gleichsam eine kosmopolitische Bedeutung in unserem Jahrhundert. Dies zu erkennen und handlungspraktisch werden zu lassen – dafür stehen wir noch ganz am Anfang. Wir befinden uns also in einer Situation, in der Mehrsprachigkeit als kulturelle und interkulturelle Herausforderung erfahren wird (Koole und ten Thije 1994; Ehlich und Redder 2008). Die Bearbeitung dieser Herausforderung ergibt sich nicht quasi von allein. Sie verlangt vielmehr Reflexivität; sie verlangt Bildung; sie verlangt die Umsetzung des Verständigungsprozesses gegenüber der Versuchung des Rückfalls in die Barbarei. Diese Barbarei war für die europäischen Kulturen lange eben auch charakteristisch und erreichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen besonders dramatischen Tiefpunkt. Die Versuchung zum Rückfall in die Barbarei ist in der gegenwärtigen Weltpolitik weiter allgegenwärtig. Erfahrungen wie die kürzlichen aus Ruanda oder auch die jüngsten Balkankriege geben drastische Illustrationen für diese kontinuierliche Gefahr.

Demgegenüber gewinnt Bildung, gewinnt die Neukonzipierung der gnoseologischen Dimension von Sprache eine zentrale Bedeutung. Diese setzt sich um in Neustrukturierungen der kommunitären Funktionen. Wenn es in Europa gelingt, die Versuchung zum Rückfall in die Barbarei zu zähmen – und die europäischen Einigungsprozesse erwecken dafür Hoffnung –, so kann möglicherweise von diesem Kontinent eine gewisse Anregung, ein gewisses Beispiel ausgehen, das sich von seiner Selbstexpansion in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten unterscheidet.

Die Weltgesellschaft wird also mehrsprachige Perspektiven zu entwickeln haben. Dies ist eine Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Die Weltgesellschaft verfügt über unterschiedliche Optionen. Die Mehrsprachigkeit ist eine von ihnen. Verstehen und Verständigung will erprobt, will praktiziert sein. Die Möglichkeiten des Austauschs in Migration wie in einer Vielfalt von

konkreten Begegnungen enthalten Potentiale, die dieser Option mehr als eine nur beiläufige oder nur zufällige Chance zur tatsächlichen Realisierung bieten.

Bibliographie

- Abel, A., M. Stuflesser und M. Putz (Hgg.) [o.J. = 2006]. *Mehrsprachigkeit in Europa: Erfahrungen, Bedürfnisse, Gute Praxis; Plurilinguismo in Europa: esperienze, esigenze, buone pratiche / Multilingualism across Europe: Findings, Needs, Best Practices*. Bozen/Bolzano: EURAC.
- Anderson, B. 1988. *Die Erfindung der Nation*. Frankfurt/Main: Campus. (Englisch 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.)
- Coulmas, F. 2007. *Language Regimes in Transformation. Future Prospects for German and Japanese in Science, Economy, and Politics*. Berlin und New York: Mouton de Gruyter (Contributions to the Sociology of Language 93).
- Coulmas, F. 1991. *A Language Policy for the E.C.* Berlin und New York: Mouton de Gruyter (Contributions to the Sociology of Language 61).
- De Cillia, R., H-J. Krumm und R. Wodak (Hgg.) 2003. *Die Kosten der Mehrsprachigkeit – Globalisierung und sprachliche Vielfalt. The Cost of Multilingualism – Globalisation and Linguistic Diversity*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Ehlich, K. 2007a. *Transnationale Germanistik*. München: Iudicium.
- Ehlich, K. 2007b. Medium Sprache. In K. Ehlich (Hg.) *Sprache und sprachliches Handeln*. Band 1, B7. Berlin und New York: de Gruyter. pp. 151-165
- Ehlich, K. 2007c. Mehrsprachigkeit für Europa – öffentliches Schweigen, linguistische Distanzen. In S. Cigada, J-F. de Pietro, D. Elmiger und M. Nussbaumer (Hgg.) *Öffentliche Sprachdebatten – Linguistische Positionen. Bulletin Suisse de Linguistique Appliquée VALLS-ASLA Bulletin* 83(1): 11-28.
- Ehlich, K. und V. Schubert (Hgg.) 2002. *Sprachen und Sprachenpolitik in Europa*. Tübingen Stauffenburg.
- Ehlich, K., J. Ossner und H. Stammerjohann (Hgg.) 2001. *Hochsprachen in Europa. Entstehung, Geltung, Zukunft*. Freiburg: Fillibach.
- Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen. 1998. In *Bundesgesetzblatt Jahrgang 1998, Teil II, Nr. 25*, ausgegeben am 16. Juli 1998: 1314-1337.
- Gardt, A. und B. Hüppauf (Hgg.) 2004. *Globalization and the Future of German*. Berlin und New York: Mouton de Gruyter.
- Gardt, A. 2000. *Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Gippert, J. 2003. TITUS Didactica. Online verfügbar unter <http://titus.uni-frankfurt.de>.
- Haarmann, H. 2001. *Babylonische Welt*. Frankfurt/Main und New York: Campus.
- Haarmann, H. 1993. *Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural*. Frankfurt/Main und New York: Campus.
- Kelz, H.P. (Hg.) 2002. *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Knapp, K. und Chr. Meierkord (Hgg.) 2002. *Aspects of Lingua Franca Communication*. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang.
- Koole, T. und J. ten Thije. 1994. *The Construction of Intercultural Discourse*. Amsterdam: Rodopi.
- Krumm, H-J. und K. Ehlich (Hgg.) 2004. Sprachenpolitik. *Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache* 30. München: Iudicium. pp. 131-271.

- Motz, M. (Hg.) 2005. *Englisch oder Deutsch in internationalen Studiengängen?* Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang.
- Nies, F. (Hg.) 2005. *Europa denkt mehrsprachig. L'Europe pense en plusieurs langues.* Tübingen: Narr.
- Phillipson, R. 2003. *English-Only-Europe? Challenging Language Policy.* London: Routledge.
- Redder, A. 2006. Faszination mehrsprachigen Sprachwissens. In K. Ehlich (Hg.) *Germanistik in/und/für Europa. Faszination – Wissen.* Bielefeld: Aisthesis. pp. 69-91.
- Redder, A. und K. Ehlich (Hgg.) 2008. Mehrsprachigkeit für Europa – sprachen- und bildungspolitische Perspektiven. *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie (OBST)* 74.

Biographical note

Konrad Ehlich (born 1942): Dr. Dr. h.c. (Aristoteles Universität, Thessaloniki); Prof. i.R. of the Ludwig-Maximilian University in Munich; Honorary Professor of the Freie Universität Berlin. From 1992 until 2007 Prof. Ehlich led the Institute for German as a Foreign Language / Transnational German Language and Literature Studies of the Ludwig-Maximilian University in Munich. Previously Prof. Ehlich had been Professor at the Katholieke Universiteit Brabant (in the Netherlands) and at the University of Dortmund. From 2001 until 2004 he was chairman of the German Language and Literature Society. His research interests include linguistic pragmatics, discourse analysis, text linguistics, language sociology and language policy, science communication, and German as a foreign language / German as a second language. His publications can be viewed online at www.ehlich-berlin.de.